

diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhielt und dieses Land die Finanzierung eines Teils des Repressionsapparates des Autokraten Hastings Banda (1964-1994) übernommen hatte. Auch die Neuausrichtung der malawischen Außenpolitik unter Bakili Muluzi in Richtung arabische Welt sucht man vergebens. Hingegen ist der Beitrag zu Kenya aus der Feder desselben Autors hervorragend. Im Beitrag über die Republik Kongo werden die auch außenpolitisch wichtigen, ersten demokratischen Wahlen gar nicht erst erwähnt (vgl. S. 206, S. 210 f.). Die unrühmliche Rolle, die Frankreich bei dem gewaltsamen Sturz der (zunächst) demokratisch legitimierten Regierung unter Pascal Lissouba spielte und die französische Unterstützung für den ehemaligen Autokraten Denis Sassou-Nguesso, der den Bürgerkrieg schließlich für sich entscheiden konnte, bleiben im Dunkeln. Diese Problematik wäre jedoch sehr viel wichtiger und interessanter als einige historische Details aus der Zeit nach der Unabhängigkeit, da sie unmittelbaren Einfluss auf die Außenpolitik der Republik Kongo nach 2003 hat. Das sind nur einige willkürlich herausgegriffene Beispiele.

Es wäre möglicherweise sinnvoll gewesen, die außenpolitischen Komponenten der Afrikanischen Union (AU) und ihrer Vorgängerin, der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) sowie die Southern African Development Cooperation (SADC) und die Economic Community of West African States (ECOWAS) in jeweils eigenständigen Kapiteln zu beleuchten. Natürlich haben diese bisher nur ein (sehr) begrenztes außenpolitisches Profil entwickelt, aber trotzdem sollten sie nicht nur in den Länderbeiträgen Berücksichtigung finden. Vor allem auf dem Feld der Sicherheitspolitik spielen sie eine zunehmend wichtige Rolle.

Insgesamt trägt das Handbuch eine Fülle von Fakten zu einem Themenkomplex zusammen, der bisher in der (politikwissenschaftlichen) Afrikaforschung unterbelichtet war. Wie jedes derart angelegte Handbuch wird es zwar relativ schnell an Aktualität verlieren, bleibt aber auf jeden Fall ein wichtiges Referenzwerk und kann somit der Forschung gute Dienste leisten.

*Heiko Meinhardt, Hamburg*

*Mark Sidel*

### **Law and Society in Vietnam**

The Transition from Socialism in Comparative Perspective

Cambridge, New York, Melbourne, Madrid, Cape Town, Singapore, Sao Paulo, Delhi,  
Cambridge University Press, 2008, XII, 256, EUR 60,00; ISBN 978-0-521-85052-0

Es geht in diesem Buch um jüngere Rechtsentwicklungen in Vietnam, einem Staat, der durch eine kommunistische Bewegung nationale Unabhängigkeit und Einheit gefunden hat und bis heute von fortdauernder, auch formal festgeschriebener Dominanz seiner kommunistischen Partei geprägt ist. Und ebenso in seinem Selbstverständnis von Jahrzehnte langem Befreiungskampf gegen erdrückende fremde Übermacht, dem dabei schlussendlich

errungenen Sieg wie auch den fortdauernden Wunden. Vietnam hat sich in den letzten Jahren ungeachtet des kommunistischen Credo durch eine Umgestaltung seines Wirtschaftssystems vitalisiert, ist in Teilen (dies ebenso geographisch gemeint wie sektoriell) wirtschaftlich erblüht – und leidet unter den Widersprüchen, die wirtschaftliche (Teil-) Liberalisierung, Kapitalorientierung, Rasanz der Steigerung des Lebensstandards für Erfolgreiche bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung eines ideologischen Monopolanspruchs mit sich bringen. Nicht nur die Wirtschaft, auch das Recht hat sich nachhaltig verändert in Vietnam, und es steht heute vor großen Herausforderungen. Sie sind teilweise extern induziert, institutionell verlangt oder durch die von Vietnam gesuchten internationalen Partner nahe gelegt; teilweise rufen auch schon Akteure der sich bildenden Zivilgesellschaft danach. Ausländische Modelle werden auch von den einstweilen weithin alternativenlosen herrschenden Kreisen Vietnams nachgefragt, sollen nachmodelliert werden und rufen dann doch immer auch Grundsatzfragen hervor: Auch Rechtsreformen in kleinteiligen oder technisch erscheinenden Bereichen führen leicht zu prinzipiellen Erörterungen über Rechtssicherheit, Transparenz, Rechtsschutz, damit dann über die Rolle und Unabhängigkeit von Gerichten und die Legitimation der Rechtssetzer. Rechtsstaatliche und demokratische Ideale kommen so im Grundsätzlichen ins Spiel und stellen tendenziell das Monopol einer Partei in Frage. Alle Beteiligten nötigt das zum Spagat, zur Behutsamkeit und einem besonnenen Umgang mit dem Faktor Zeit. Von Transitional Constitutionalism spricht *Mark Sidel*.

Sein Buch untersucht nicht systematisch die Wechselwirkungen zwischen Recht und Gesellschaft, sondern berichtet über Recht, den Umgang damit, Veränderungen und politische Reaktionen hierauf aus Staat und Gesellschaft Vietnams. Sicher auch deswegen hat der Autor einen Untertitel gewählt, der indes nicht wirklich treffend ist: Von einem Übergang „from socialism“ – wohin? – kann in Vietnam nicht die Rede sein. Dort geht es um Veränderungen (auch des Rechts, teils, wie gesagt, in Anverwandlung außersozialistischer Vorstellungen) „innerhalb“ eines sozialistischen Systems. Und die angekündigte komparative Perspektive: Dazu bewendet es bei gelegentlichen Hinweisen darauf, dass die Dinge in China ähnlich oder „vergleichbar“ lägen; andere Vergleiche kommen kaum vor. Der Ankündigungstext des Buches spricht vom „struggle to build a rule of law in one of the world’s most dynamic and vibrant nations“. Aber auch um die „rule of law“, das Ensemble damit anderwärts oder teilweise auch in Academia und Politik Vietnams verbundener Vorstellungen, geht es Sidel nicht eigentlich, sondern vielmehr um die „role of law“, eine Rolle für das Recht im Rahmen der Umgestaltung in Vietnam, um das Recht als Steuerungsinstrument, weniger als ein Sicherungsinstrument für Freiräume gesellschaftlicher Akteure. Das ist insofern folgerichtig, als Sidel vor allem Deskription bietet (durchaus mit interessanten Kommentierungen) und nicht Perspektiven oder gar den Entwurf von aus den geschilderten Entwicklungen möglicherweise resultierenden künftigen Szenarien.

Mark Sidel ist Hochschullehrer an der Universität of Iowa, hat an verschiedenen Hochschulen (auch) über Recht in Vietnam gelehrt und langjährige Erfahrungen bei der Wahrnehmung von Aufgaben für zahlreiche sog. Geberinstitutionen, die Vereinten Nationen, die

Weltbank, Stiftungen sowie für staatliche Stellen in den USA und in Vietnam gesammelt, war also beratend, mitgestaltend und Mittel verwaltend in den von ihm geschilderten Prozessen tätig. Das kommt dem Buch außerordentlich zugute, weil es erkennbar zu bester Kenntnis der politischen Rahmenbedingungen und der innerhalb dieser Bedingungen agierenden Personen und Kräfte in Vietnam geführt hat. Viele Zitate zeugen davon, auch viele vietnamesische Quellen aus Printmedien und Internet werden erwähnt und erschlossen.

Das Buch ist in acht Kapitel gegliedert, denen eine Einleitung vorangeht. Es befasst sich mit dem Mitte der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts einsetzenden Veränderungsprozess in Vietnam bis heute und stellt in den Mittelpunkt im Grunde drei Fragen: Diejenige nach der Bedeutung von Verfassungsrecht, diejenige nach Wirtschaftsrecht und seiner Bedeutung für „Entwicklung“ und diejenige nach Bürgerrechten – so die Einleitung, S. 16 f. Diese Fragen werden aber nicht als solche entfaltet und abgearbeitet, sondern der Autor vermerkt, dass es in den acht Abschnitten jeweils um eine oder mehrere dieser Fragen zugleich gehe. Das ist auch zutreffend. Die einzelnen Abschnitte sind, wie angedeutet wird, jedenfalls in Teilen in anderen Zusammenhängen oder aus anderen Anlässen entstanden, sodann aufbereitet und zusammengestellt worden. Die drei genannten Leitfragen sind also nicht gliederungsprägend und werden auch nicht einer irgendwie gearteten Bilanz zugeführt; ein Schlusskapitel gibt es nicht.

Man kann sich dennoch in dem Buch ganz gut zurecht finden, denn durchschnittlich alle 1, 2 oder 3 Seiten sind in den Text Subüberschriften eingestreut, die ungefähr darüber informieren, worum es gerade geht, nicht aufgenommen zwar in eine Inhaltsübersicht, aber doch bei der Durchsicht des Bandes hilfreich. So findet der Leser den Zugang zu vielen Einzelheiten und zu auf das Recht oder die Rechtspolitik bezogenen Diskussionssegmenten, quer durch die Rechtsordnung, vor allem bezogen auf Handels-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht, aber auch zur Rolle der Anwaltschaft, zur Polizei, zur Presse, zum Strafrecht. Auch zu der die vietnamesische Diskussion seit längerem umtreibenden Frage der Verfassungsgerichtsbarkeit, der Normenkontrollzuständigkeit insbesondere – sie ist exemplarisch für die mit dem Prozess der Rechtsreform in Vietnam untrennbar verwobene, ihn immer wieder offen oder subkutan beeinflussende Gewaltenteilungsproblematik – finden sich interessante Hinweise, wenngleich eher nicht auf neuestem Stande.

So ist das Buch eine von einem guten Sachkenner dankenswerterweise bereitgestellte Fundgrube, mehr aber nicht. Dass die Einleitung oberflächlich bleibt – auf etwa 18 Seiten schildert sie vor allem innervietnamesische Debatten weit vor dem Reformprozess, führt in die 50er und 60er Jahre zurück –, dass die acht Kapitel unzureichend aufeinander abgestimmt sind, auch in sich teils des systematischen Aufbaus ermangeln, dass schließlich ein Schlusskapitel gänzlich fehlt – diese drei Umstände sind überraschend und enttäuschend auch bei „Cambridge Studies in Law and Society“. Dennoch haben hier alle am Fortgang der Rechtsentwicklung in Vietnam Interessierten eine wichtige Informationsquelle erhalten, wenn auch kaum „in comparative perspective“.